

LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

Resümee und Ausblick

Die 2. Tagung des 1. Kreisparteitages fand am 15.11.2008 in Luckenwalde statt. Ihr Inhalt war die weitere Auswertung der Kommunalwahlen in diesem Jahr. Erste Gedanken und die Zahlen dazu gab es bereits in der Novemberausgabe unserer Zeitung. Jetzt ging es um den Austausch von Erfahrungen sowie die Schwerpunkte der weiteren Arbeit.

Beherrschend bei uns allen waren Freude und Stolz – wir haben hart gearbeitet und viele Bürger überzeugt, uns ihre Stimme und damit ihr Vertrauen zu geben. Wir haben überall an Stimmen dazu gewonnen, stellen aber auch fest, dass DVU und NPD mehr Stimmen erhielten als 2003. Wir müssen uns in unserer Öffentlichkeitsarbeit darauf einstellen und deren demokratiefeindlichen Charakter darstellen. Wichtiger Grundsatz der weiteren Arbeit muss sein, erst die inhaltlichen Probleme zu klären und dann die personellen Fragen zu diskutieren.

Als einen Erfolg unserer politisch überzeugenden Arbeit werten wir die Tatsache, dass es seit unserer letzten Tagung des Kreisparteitages am 03.11.2007 in unserem Kreis 45 Neueintritte gab. Genosse Hans-Jürgen Akuloff hat als alter und neuer Vorsit-

zender unserer Kreistagsfraktion über die gewachsene Verantwortung für gute fachliche und bürgernahe Arbeit im Plenum und besonders in den Ausschüssen gesprochen sowie die Verantwortung des Umgangs mit unserem Erfolg hervorgehoben.

Ein wichtiger Beschluss unserer Konferenz ist die „Luckenwalder Erklärung“, in der wir unsere weitere Arbeit festlegen. Folgende Schwerpunkte sind gesetzt: Für

- gute Arbeit, die gerecht entlohnt wird,
- gute Bildung für jeden,
- ein selbstbestimmtes Leben – sozial gerecht,
- starke Demokratie und einen starken Rechtsstaat.

In der Diskussion wurden Erfahrungen und Methoden unserer Arbeit ausgewertet. Dabei spielte das Volksbegehren zur Verhinderung neuer Tagebaue in der Lausitz eine besondere Rolle. Es ist dringend notwendig, die Ablehnung der neuen Tagebaue durch die eigene Unterschrift zu unterstützen und viele Menschen ebenfalls dazu zu bewegen. Fazit: Diese Tagung ist der inhaltliche Auftakt für die Arbeit im Jahr 2009 – denn:

Nach der Wahl ist vor der Wahl!

Christa Zernick, Am Mellensee

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus der Region Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 3

Zitiert...

Alle Revolutionen haben bisher nur eins bewiesen, nämlich, dass sich vieles ändern lässt, bloß nicht die Menschen.

Karl Marx (1818-1883)

DIE LINKE.

www.dielinke-teltow-flaeming.de

90 Jahre KPD-Gründung

Am 1. Januar 1919, vor genau neunzig Jahren, wurde in Berlin die KPD, die Kommunistische Partei Deutschlands, gegründet. Vorangegangen war eine dreitägige Reichskonferenz des Spartakusbundes, der stärksten und einflussreichsten Gruppe, aus der die KPD schließlich hervorging. Insbesondere Rosa Luxemburg, neben Karl Liebknecht die maßgebliche Persönlichkeit, hatte sich lange Zeit gegen die Gründung einer eigenständigen Partei neben der SPD gewandt - sie plädierte für eine Forcierung der Klärungsprozesse *innerhalb* der Sozialdemokratie. Doch angesichts des Drucks von großen Teilen der Basis, der nicht nur aus dem Spartakusbund selbst, sondern auch aus anderen Gruppen, so von den Internationalen Kommunisten Deutschlands um Johann Knief und Paul Frölich und von den Bremer Lin-

ken um Otto Rühle kam, stimmte auch sie der Gründung der neuen Partei schließlich zu.

Doch bereits auf dem Gründungsparteitag wurden die Probleme deutlich: Entgegen den Forderungen und Hoffnungen von Rosa Luxemburg lehnte die neue Partei beispielsweise die Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 ab und positionierte sich damit de facto außerhalb der entscheidenden politischen Prozesse im damaligen Deutschland. Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 und wenige Wochen später auch an Eugen Leviné und Leo Jogiches beraubte die KPD sehr früh ihrer klügsten Köpfe und damit - in gewisser Weise - auch alternativer Entwicklungsmöglichkeiten. Zwar enthielt sich Hugo Eberlein, der Delegierte

der KPD, im März 1919 bei der Gründung der Kommunistischen Internationale in Moskau - einem dringenden Wunsch Rosa Luxemburgs folgend - der Stimme, doch war mit der Gründung der „revolutionären Weltpartei“ nun der Weg zu einer „Bolschewisierung“ auch der KPD freigemacht. Es trat ein, was Rosa Luxemburg befürchtet hatte: Es ging nun nicht mehr um die Entwicklung einer eigenen Politik der KPD, die sich aus den spezifischen Verhältnissen in Deutschland ergab, sondern um die mehr oder weniger kritiklose Übernahme der Erfahrungen der russischen Bolschewiki. Dass dies noch viele Jahre kein alternativloser Prozess war, zeigte jedoch das Wirken Paul Levis, der eng mit Rosa Luxemburg befreundet gewesen war und der bis 1921 an der Spitze der KPD stand. *Ronald Friedmann, Berlin*

Gedenken

Die Pogromnacht, auch als Reichskristallnacht bezeichnet, jährte sich in diesem Jahr zum 70. Mal. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden deutschlandweit die Juden systematisch angegriffen, ihre Geschäfte, Häuser und Synagogen geplündert, zerstört und angezündet. Ab diesem Datum begann die Deportation der jüdischen Mitbürger in die Vernichtungslager und so stellt der Novemberpogrom den Auftakt für den größten kollektiven Massenmord in der Weltgeschichte dar.

In ganz Deutschland wurde anlässlich dieser schrecklichen Ereignisse erinnert und gemahnt, so auch bei uns im Landkreis. In Luckenwalde fand ein Gedenkmarsch auf Initiative der Kirche statt, an dem sich rund 70 Bürgerinnen und Bürger beteiligten. Dieser startete am ehemaligen jüdischen Friedhof, machte Station am „Stolperstein“ am Bahnhofsvorplatz und setzte sich, u. a. an der ehemaligen Synagoge vorbei, fort bis zur Kir-



Zahlreiche Menschen gedenken der Opfer des Nazi-Regimes

che in der Poststraße. An den einzelnen Stationen gab es verschiedene kulturelle Umrahmungen, z. B. Gebete, Lieder und Rezitationen. Auch mehrere Vertreter der LINKEN von der Kreis- und Stadtebene waren zugegen.

Heute gibt es wieder – oder immer noch – Antisemitismus in Deutschland, Rechtsextremismus ist kein Rand- oder Jugendproblem. Er ist in allen Teilen der Gesellschaft zu finden und auch heute haben Menschen (wieder) Probleme mit „andersartigen“ Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Vorurteile findet man überall. Erinert sei hier nur an den Bau einer Moschee in Berlin, wo sich massiver

Bürgerprotest formierte. Wir als LINKE müssen uns hier in besonderer Verantwortung sehen. Antisemitismus ist stets aufs Neue zu ächten und entschieden zu bekämpfen. Antisemitismus ist keine politische Kritik. Antisemitismus ist eine menschenverachtende Ideologie.

Begegnen kann man dem Antisemitismus durch beharrliche Aufklärung, Wissensvermittlung und striktes, sofortiges Einschreiten, wo immer es antisemitische Vorkommnisse gibt. Und indem man eben „Flagge zeigt“ bei Gedenkveranstaltungen und an das erinnert, was war und nie wieder sein darf. *Felix Thier, Luckenwalde*

Eine von Uns

Petra: Heike, wir möchten Dich gern unseren Lesern vorstellen. Kannst Du ganz kurz etwas zu deiner Person, deiner Entwicklung sagen?

Heike: Mein Name ist Heike Kühne. Ich bin 48 Jahre, verheiratet und Mutter von zwei erwachsenen Söhnen. Ich bin gelernte Wirtschaftskauffrau und habe bis heute im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sowie im sozialen Bereich meine Erfahrungen gesammelt. 1991 habe ich mit einem Schulfreund gemeinsam begonnen, den Arbeiter-Samariter-Bund in Luckau aufzubauen – mit nur zehn Mitarbeitern haben wir eine kleine Sozialstation mit „Essen auf Rädern“ betrieben.

Inzwischen ist der ASB überregional in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit sowie im Sozialwesen tätig. Wir beschäftigen derzeit ca. 200 Mitarbeiter. Meine Tätigkeit hat sich von Beginn an auf Bereiche im Rahmen der Gemeinnützigkeit bezogen – spezialisiert habe ich mich dann auf den Bereich der Finanzen. Zeitig musste ich erkennen, dass die Finanzierung und Absicherung des sozialen Umfeldes in unserem Tätigkeitsbereich aufgrund der stetig schlechter werdenden finanziellen Situation in den kommunalen und kreislichen Haushalten immer schwieriger zu bewältigen ist.

Ich denke, es ist mir bisher gelungen, nicht vor diesen Problemen davonzulaufen, sondern auch mit streng begrenzten Mitteln Lösungen zu finden. Hilfreich dabei war auch, dass ich mich 1998 entschlossen habe, noch-

Heike Kühne



mals die Schulbank für vier Jahre zu drücken. Erfolgreich habe ich dann mein Diplom zum Verwaltungsbetriebswirt abgelegt.

Während dieser Zeit haben mich meine Hobbys und meine privaten Interessen immer begleitet. Die ehrenamtliche Arbeit im Sportverein zählt zu meinen Prioritäten, hier bin ich in der Kontrollkommission tätig. Zu meinen Hobbys gehören der Tennissport, Ski fahren und seit kurzer Zeit auch wieder der Spielmannszug.

Petra: Du bist mit einem tollen Ergebnis in den Kreistag und die SVV Dahme/M. gewählt worden. Hast Du damit gerechnet? Wie ist deine Meinung dazu?

Heike: Über das Ergebnis war ich schon etwas erstaunt, denn ich dachte, dass der Kreistag für mich eigentlich nicht erreichbar ist. Jedoch ist es

eine neue Herausforderung und ich werde versuchen, mich hier mit all meinen bisherigen Erfahrungen einzubringen, und hoffe, dass die Wähler mich weiterhin unterstützen werden. Die SVV ist mir nicht ganz fremd – bei einer Legislaturperiode 1998 – 2003 habe ich bereits für die Fraktion der PDS mitgewirkt. Hier möchte ich wieder anknüpfen und für die Region unser gemeinsames Wahlprogramm umsetzen und das vorhandene Potenzial ausschöpfen! Es gibt viel zu tun; angefangen bei der Integration der Ortsteile unserer Stadt Dahme bis hin zur Erhaltung der Oberschule, der kulturellen Angebote und, und, und ...

Petra: Welche Erwartungen hast Du an die Zusammenarbeit innerhalb der Kreistagsfraktion?

Heike: Ich wünsche mir eine unkomplizierte und einfache Zusammenarbeit, so dass schnell Erfolge erzielt werden können. Um ehrlich zu sein, viel ist „Neuland“ für mich. Ich denke, dass mir die Mitarbeit in den Ausschüssen im Kreistag (Jugendhilfeausschuss, Ausschuss für Regionale Entwicklung und Bauplanung) Einflussmöglichkeiten bietet, die im Ehrenamt und im vorpolitischen Raum nicht gegeben sind.

Petra: Heike, ich möchte Dir herzlich danken für dieses Interview. Für Deine weitere politische Arbeit wünsche ich Dir viel Kraft, aber auch Freude.

Petra Haase, Jüterbog

Auflösung Bilderrätsel

Zu sehen war eine Aufnahme der Nikolaikirche in Jüterbog. Zwischen der ersten Erwähnung der Kirche im Jahre 1307 und der endgültigen Weihe im Jahre 1488 vollzogen sich zwei große Bauphasen. Die letzten Arbeiten an den beiden Türmen fanden allerdings erst gegen 1500 ihren Abschluss. Harte Zeiten hatte die Kirche zu bestehen, beispielsweise den Stadtbrand von 1478, den Dreißigjährigen Krieg, die Besetzung der Stadt durch Preußen im Jahre 1756 sowie den ersten und den zweiten Weltkrieg. <



TRANSPARENT LINKE POLITIK IM LANDTAG

Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

Verkehrssicherheit in Brandenburg

Die Landesregierung hat das im Integrierten Verkehrssicherheitsprogramm gesteckte Ziel, die Zahl der Verkehrsunfälle mit Toten und Verletzten auf Brandenburgs Straßen bis zum Jahr 2010 jährlich um fünf Prozent zu senken, nicht erreicht. Die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten und Verletzten ging um weniger als fünf Prozent zurück. Im letzten Jahr stieg die Zahl der Verkehrstoten sogar erstmals wieder leicht an.

Verkehrsunfälle bedeuten viel persönliches Leid und millionenschwere volkswirtschaftliche Schäden zu Lasten der Steuerzahler. Brandenburg ist im Ländervergleich bei im Straßenverkehr Getöteten trauriger Spitzenreiter. Das muss unverzüglich verändert werden.

Die Linksfraktion fordert deshalb mit einem Antrag die Landesregierung auf, einen Bericht zur Evaluierung des Integrierten Verkehrssicherheitsprogramms vorzulegen.

PISA-Turm bleibt schief

DIE LINKE sieht die PISA-E-Studie skeptisch, weil sie ein separater innerdeutscher Vergleich ist, der vom internationalen Vergleich abgekoppelt ist und daher die Ergebnisse stark relativiert.

Trotz des verbesserten Abschneidens der Brandenburger Schüler fordert DIE LINKE zu einer genauen und kritischen Analyse der Befunde auf. Die Ursachen für die besseren Ergebnisse sieht sie einerseits bei den Lehrkräften, die unter unermesslich schwierigen Bedingungen eine gute Arbeit geleistet haben. Zum anderen ist das bessere Abschneiden offensichtlich ein Ergebnis der neuen Rahmenlehrpläne, mit denen versucht wurde, eine neue Aufgabenkultur an

den Schulen einzuführen. Die guten Ergebnisse sollten nicht dazu verleiten, die gravierenden Defizite des Brandenburger Schulsystems zu bagatellisieren. Das Brandenburger Schulsystem gehört nach wie vor zu den am schlechtesten ausgestatteten, es ist chronisch unterfinanziert und es sichert keine Chancengleichheit.

DIE LINKE bleibt ungeachtet des verbesserten Ergebnisses von PISA-E bei ihrer Forderung nach längerem gemeinsamen Lernen, verbunden mit den entsprechenden pädagogischen, inhaltlichen und sozialen Rahmenbedingungen und der dafür nötigen personellen und materiellen Ausstattung der Schulen, anstelle frühzeitiger Auslese.

Neues BKA-Gesetz

Brandenburg darf neuem BKA-Gesetz nicht zustimmen!

Bundesweit formiert sich berechtigter Widerstand gegen das neue BKA-Gesetz, das zu erheblicher gesellschaftlicher Verunsicherung führt.

Auch in Brandenburg versucht die Koalition derzeit, überflüssige polizeiliche Mittel wie die Handy-Ortung und automatische Kennzeichenfahndung im Polizeigesetz weiter festzuschreiben.

Mit dem neuen BKA-Gesetz soll legitimiert werden, was in Deutschland nie wieder möglich sein sollte: die fast totale Überwachung der Bürger.

DIE LINKE fordert deshalb die Landesregierung auf, ein klares Zeichen zu setzen und dem neuen BKA-Gesetz nicht zuzustimmen.

Anträge der Linksfraktion zur Landtagssitzung am 19./20.11.2008:

- Ergebnisse des Bildungsgipfels konkret für Brandenburg diskutieren



- Keine Anrechnung einer Erhöhung des Kindergeldes für Familien, die Leistungen nach dem SGB II oder dem SGB XII beziehen
- EU-Richtlinie über Leiharbeit zeitnah umsetzen
- Evaluierung des Integrierten Verkehrssicherheitsprogramms 2004
- Halbzeitbewertung der Landestourismuskonzeption 2006 – 2010
- Justizopfer angemessen entschädigen
- Novellierte Kommunalverfassung in der Praxis
- Wahl eines Mitglieds des Medienrates.

Einbringung eines Gesetzentwurfes

„Brandenburgisches Gesetz über die Planfeststellung für Höchst- und Hochspannungsleitungen in der Erde (Brandenburgisches Erdkabelgesetz) <

Wahlkreisbüro Kornelia Wehlan

Telefon u. Fax:

0 33 71 / 40 65 44

E-Mail-Adresse:

BueroLukWehlan@aol.com

Stefan Sarrach wurde zum Richter am Landessozialgericht berufen. Nachfolger im Landtag wird Matthias Loehr.

Keine Militarisierung?

120 Quadratkilometer brandenburgischer Fläche, die Kyritz-Ruppiner Heide, steht im Zentrum des Begehrens des Generalinspektors der Luftwaffe, Klaus Peter Stieglitz. In einem geheimen Papier, das einigen Medien vorliegt, plant er spätestens ab 2017 pro Jahr 1.700 Tiefflüge über die Kyritz-Ruppiner Heide. Diese sollen mit dem Einsatz von maximal 1.000 Mann an Bodentruppen koordiniert werden. Notwendig sei ein „gerechter Lastenausgleich“ zwischen den Schießplätzen Siegenburg (Bayern), Nordhorn (Niedersachsen) und Wittstock. Für Nordhorn sind 1.000 Einsätze vorgesehen, für Siegenburg 300. Der Schießplatz bei Wittstock soll zentraler Übungsplatz der Luftwaffe und der NATO-Partner in Westeuropa werden. In die Übungen einbezogen werden sollen die Flugplätze Rostock-Laage und Neubrandenburg-Trollenhagen. Nur Wittstock erfülle die qualitativen Voraussetzungen für „taktische Verfahren im gesamten Einsatzspektrum von Luftstreitkräften“; bisher finden diese Übungen in den USA und Kanada statt. Wie „notwendig“ diese Ausweitung der Übungen ist,

beweist die Tatsache, dass der Bundesrechnungshof 2007 den Bedarf der Kyritz-Ruppiner Heide für Militärübungen abgelehnt hat, weil die Auslastung der Schießplätze in Deutsch-



land von 1992 bis 2004 um 86 Prozent zurückgegangen ist.

Seit 1992 kämpft die Bürgerinitiative „Freie Heide“ mit Protestdemonstrationen und Gerichtsverfahren gegen die militärische Nutzung dieses Areals. Auch die Mecklenburger Initiative „Freier Himmel“ kämpft dagegen. Die Landesparlamente von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin haben sich gegen ein

„Bombodrom“ ausgesprochen. Der Petitionsausschuss des Bundestages hat seine Entscheidung über 40 Anfragen zu diesem Thema vertagt und verlangt vom Verteidigungsministerium eine neue Stellungnahme, nachdem die neuen Fakten auf dem Tisch liegen.

Sollen die Bemühungen der Bürger um eine friedliche, Arbeitsplätze schaffende touristische Nutzung der Heide umsonst gewesen sein?

Die Bürgerinitiative „Freie Heide“ betrachtet das Konzept des Verteidigungsministeriums als „Kriegserklärung an Wittstock“. Dieses Konzept ist Folge einer deutschen und NATO-Außenpolitik, die Krieg als legitimes Mittel zur „Durchsetzung deutscher Interessen“ praktiziert.

Unterstützen wir die Initiativen „Freie Heide“ und „Freier Himmel“. Senden wir unsere Proteste gegen die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide an:

Verteidigungsminister Franz Josef Jung, Hardthöhe, 53125 Bonn oder Stauffenbergstr.18, 10785 Berlin
 eMail: franz-josef.jung@bundestag.de

Ingrid Köbke,
 Nuthe-Urstromtal

„Sozialismus oder Untergang in der Barbarei“



...warnte Rosa Luxemburg am 16.12.1918 in „Die Rote Fahne“.
 Am 15. Januar 1919 wurden sie und Karl Liebknecht von den Feinden der Novemberrevolution heimtückisch ermordet.
 Neunzig Jahre später, am 11. Januar 2009, gedenken wir ihrer und aller Opfer der Barbarei in Berlin-Friedrichsfelde.

„Trotz alledem!“



Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

aus erster Hand von Maritta Böttcher

Hochmut kommt vor dem Fall ..., ... antwortet der Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Dietmar Bartsch der Bundesagentur für Arbeit, dass aufgrund der Beitragssenkung bei der Arbeitslosenversicherung im kommenden Jahr ein Defizit von knapp sechs Milliarden Euro erwartet wird. Allen Warnungen zum Trotz hat die Große Koalition die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung durchgedrückt – und das zu einem Zeitpunkt, als sich Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise als sehr reale Gefahr bereits abzeichneten. Alle Prognosen, alle wirtschaftswissenschaftlichen Aussagen prophezeien für 2009 eine wirtschaftlich gefährliche Situation und einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit für das kommende Jahr erwartet demnach statt Überschüsse ein Milliardendefizit. Auch ohne Wirtschaftskrise hat DIE LINKE die Absenkung des Beitrages als falsches Signal gewertet, darauf verwiesen, dass gerade der Osten dringend arbeitsmarktpolitische Instrumente und Maßnahmen benötigt – hier also nicht gespart werden darf. Effektive Beschäftigungsprogramme und weitsichtige Arbeitsmarktpolitik sind nur mit der entsprechenden Finanzausstattung möglich. Völlig verantwortungslos im Handeln hat die Regierungskoalition diese Forderungen beiseitegefegt. Eine minimale Entlastung der Bürger war ihr wichtiger als Sorge und Vorsorge für Millionen Arbeitslose. Diese Verantwortungslosigkeit wird sich im kommenden Jahr rächen.

Vorfahrt für Sozialdumping?

Sahra Wagenknecht hat eine Broschüre zu wichtigen Urteilen des Europäischen Gerichtshofs in Auftrag gegeben, die jetzt erschienen ist. Mit den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs in den Fällen Laval, Viking und

Rüffert hat die Politik des Sozialdumpings eine neue Qualität erreicht. Nicht nur, dass Löhne gesenkt und soziale Schutzrechte ausgehebelt werden. Jetzt will man den Betroffenen auch noch die letzten Instrumente aus der Hand schlagen, mit denen sie sich gegen Lohn- und Sozialdumping verteidigen können.

Die Broschüre von Ghazaleh Nassibi und Lydia Krüger setzt sich mit der Frage auseinander, mit welchen Mitteln Lohn- und Sozialdumping künftig verhindert werden und wie die einseitige Orientierung der EU an Konzerninteressen und wirtschaftlichen „Freiheiten“ überwunden werden kann. Während der erste Teil der Broschüre eine juristische Analyse der EuGH-Urteile vornimmt, werden im zweiten Teil verschiedene Handlungsoptionen und Gegenstrategien diskutiert.

Das wichtigste Ergebnis sei an dieser Stelle vorweggenommen: Wer Urteile à la Rüffert, Viking oder Laval in Zukunft verhindern will, muss die europäischen Verträge ändern, auf die sich die Richter des EuGH berufen.

Eine EU, in der demokratische Grundrechte nur dann gelten, wenn sie den Interessen europäischer Konzerne nicht im Weg stehen, braucht niemand. Es gilt, die neoliberalen Angriffe des EuGH und der EU-Kommission abzuwehren und dafür zu streiten, dass soziale und demokratische Rechte künftig Vorrang haben vor den wirtschaftlichen Interessen und „Freiheiten“ der Unternehmen.

Die kostenlose Broschüre kann per E-Mail an: sahra.wagenknecht-assistant2@europarl.europa.eu bestellt oder aus dem Internet heruntergeladen werden: Broschüre „Vorfahrt für Sozialdumping?“

Nun auch 60-Cent-Jobs möglich

Das Bundessozialgericht hat mit seinem Urteil bestätigt, dass Menschen für



weniger als einen Apfel und ein Ei arbeiten sollen. Wer 130 Euro für seine 130 Stunden im Ein-Euro-Job erhält, darf, so die Richter, getrost auch über 50 Euro Mehrkosten für die Fahrten zum Arbeitsort schultern. So bleiben also real 60 Cent für die Stunde Arbeit übrig. Diese skandalöse, aber rechtlich korrekte Tatsache verweist auf die katastrophalen politischen Zustände in Deutschland. Die Ein-Euro-Jobs gehören sofort abgeschafft und müssen in sozialversicherungspflichtige, tariflich entlohnte Arbeit umgewandelt werden. <

Ausstellung in Jüterbog

Bereits zum fünften Mal wurde in der Geschäftsstelle der LINKEN am 6. November eine Ausstellung eröffnet. Die Bilder des Malers Karl-Heinz Sernow werden gezeigt.

Seine Witwe, Renate Sernow, stellte die Werke zur Verfügung und nahm an der Eröffnung teil. In der gut besuchten Geschäftsstelle stellte sie die Werke vor und sprach über das Wirken ihres Mannes in zurückliegender Zeit, z. B. auch über seine Mitarbeit an der Steele für Jüterbog.

Bei einer Zeichnung, die Erwin Strittmatter darstellt, fanden viele Anwesende eine große Ähnlichkeit mit Anton Gorisek. Es war ein gelungener Nachmittag für alle Anwesenden, die außerdem die Gelegenheit hatten, viele Fragen an Frau Sernow zu stellen.

Die Bilder können dienstags und donnerstags zu den Öffnungszeiten von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr besichtigt werden.

Petra Haase, Jüterbog

Unser Tandem - eine neue und gute Erfahrung

Im Gespräch mit Hans-Jürgen Akuloff und Kornelia Wehlan

Redaktion: Erfolgreiche Kommunalwahlen liegen hinter uns und jetzt hat die Arbeit begonnen...

H.-Jürgen Akuloff: In der Tat: Es waren die bisher erfolgreichsten Kommunalwahlen. Der deutliche Stimmenzuwachs, das klare Arbeitsprogramm, die ersten Erwartungen in der Öffentlichkeit und in unseren Basisorganisationen nehmen alle Gewählten in die Pflicht, fachkompetent und bürgernah unsere Politikvorstellungen umzusetzen. Unser Mitwirken in den Ausschüssen und Gremien des Kreistages ist aufgrund unseres Stimmenzuwachses in größerer Stärke möglich.

Kornelia Wehlan: Der Zugewinn von über fünf Prozent, d.h. zwei Mandate für den

Kreistag eröffnet uns den Zugang zu 13 weiteren Sitzen in den Ausschüssen des Kreistages und den kommunalen Unternehmen des Kreises. Das ist zuallererst viel Arbeit für jeden Einzelnen und erfordert eine gute Teamarbeit.

Redaktion: Ist das schon ein Hinweis auf Eure neue Leitungsform in einer Doppelspitze?

H.-Jürgen Akuloff: Ja schon. Das größere Vertrauen der Wählerinnen und Wähler hat unser Selbstvertrauen gestärkt, erhöht, aber auch den Erwartungsdruck in die Durchsetzungskraft für unsere Projekte und Vorhaben. Das heißt, mehr Verantwortung, ständiges Dranbleiben an unseren inhaltlichen Schwerpunkten und man darf ja nicht vergessen, dass sich die

Arbeit im Kreistag, in den Ausschüssen und in den Kreisgesellschaften im Ehrenamt vollzieht. Für uns ist die Doppelspitze nichts Sensationelles, sondern sie ist aufgabenorientiert. Wir sind ein Tandem, das mehr Kraft und Ausdauer entwickeln kann als jeder Einzelkämpfer.

Kornelia Wehlan: Die Doppelspitze ist erst am Abend kurz vor der konstituierenden Beratung der Kreistags-

Redaktion: Am Sonnabend war Kreisparteitag und Ihr habt an der „Luckenwalder Erklärung“ mitgeschrieben. Welche Aufgaben haben Priorität?

Kornelia Wehlan: Wir haben ein Wahlprogramm, das die Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten in Teltow-Fläming sehr konkret aufzeigt und unsere Schwerpunkte benennt: Priorität haben Arbeit – Arbeit, von der man

leben kann –, gute Bildung für alle – begonnen in der Kita –, und ein selbstbestimmtes Leben, was Chancengleichheit und Teilhabe sichert. Mit der Erklärung wollen wir die ersten Schritte für unsere Projekte und Vorhaben benennen und angesichts der Finanzkrise und der drohenden

Neue Doppelspitze der Kreistagsfraktion



H.-Jürgen Akuloff



Kornelia Wehlan

fraktion geboren worden. Die ersten Tage und Wochen in dieser neuen Leitungsform vermitteln neue und gute Erfahrungen. Jürgen und ich - wir sind noch enger zusammengerückt. Das hat positive Wirkungen für die Partei- und Fraktionsarbeit und ist eine gute Grundlage, unsere inhaltlichen Vorhaben mit einer größeren Durchsetzungskraft zu versehen. Denn darum geht es doch vor allem: Wir dürfen Wählervertrauen nicht enttäuschen.

Redaktion: Wusstet Ihr, dass DIE LINKE in Potsdam-Mittelmark nun schon in zweiter Wahlperiode im Kreistag erfolgreich mit einer Doppelspitze arbeitet?

Beide lachen: Nein, da können wir ja im flotten Vierer in den Erfahrungsaustausch treten.

Rezession diese konkretisieren. Wenn sich Kinderarmut, Arbeitslosigkeit und Preisentwicklung weiter verschärfen, ist ein warmes kostenloses Mittagessen für alle Kinder bestimmt wichtiger als der kostenlose Museumsbesuch.

H.-Jürgen Akuloff: Richtig, und daran haben sich Bund und Land zu beteiligen, das müssen die Kollegen der anderen Fraktionen begreifen. Bund und Land beschließen Probleme, die hier vor Ort gelebt werden, z.B. fehlende Kaufkraft, was auch Dienstleister und der Handel deutlich spüren, Arbeitslosigkeit, Altersarmut, fehlender Gesundheitsschutz und Niedriglohn.

Redaktion: Viel Erfolg und herzlichen Dank für das Gespräch. <

Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



Willkommen im Wahlkreis 61

Nun hat es der prominente Neuzugang endlich geschafft. Keiner zweifelte am Erfolg. Zwar fühlte sich die märkische Basis etwas übergangen von ihrer Führung – weil nicht gefragt. Doch nun steht sie geschlossen hinter ihm. Hinter wem? Hinter dem ostwestfälischen Bundesminister des Auswärtigen, Frank-Walter Steinmeier. Am 1. November 2008 wurde er in Brandenburg an der Havel von der märkischen SPD mit überwältigender Mehrheit zum Direktkandidaten im Wahlkreis 61 gekürt. Vergessen scheint der Ärger darüber, dass die Personalie „von oben“ eingefädelt worden ist. An dieser Stelle meine Gratulation zur Wahl. Aber zwei

Fragen seien mir erlaubt. Ist die Personaldecke der hiesigen SPD so dünn, dass sie Kandidaten importieren muss? Soll die Strategie der (gescheiterten) Promioffensive von der Kommunalwahl bei den nächsten Wahlen fortgeführt werden? Als Nachlassverwalter der neoliberalen Politik der Regierung Schröder soll Frank-Walter Steinmeier nun zum Hoffnungsträger der Sozialdemokraten werden. Das wird insbesondere den Brandenburgern und Brandenburgern nur schwer vermittelbar sein, denn als Außenminister ist Steinmeier Mitglied des Kabinetts Merkel, das gerade auch in Ostdeutschland die Ausweitung von prekärer Beschäftigung und Kinder-

armut zu verantworten hat und für drastische soziale Einschnitte wie die Mehrwertsteuererhöhung oder die Rente mit 67 steht. DIE LINKE setzt eine zukunftsorientierte Politik der sozialen Gerechtigkeit dagegen, die bei immer mehr Menschen in Ost- und Westdeutschland Zustimmung findet. Vor diesem Hintergrund gehe ich optimistisch in die Auseinandersetzung um das Direktmandat im Bundestagswahlkreis Rathenow, Brandenburg an der Havel, Belzig und Jüterbog, auch wenn ein potenzieller Kontrahent Kanzlerkandidat ist. Von Jüterbog über Brandenburg an der Havel bis nach Rathenow haben wir jede Menge sozialer Probleme:

Schulschließungen und Abwanderung, Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus. Es gibt also viel zu tun für diese Region, jeder kompetente und engagierte Politiker ist da gefragt. Ich freue mich über jeden erfahrenen Politiker in diesem Wahlkreis, der nicht nur mal vorbeischaud, sondern versucht, die vorhandenen Probleme der Menschen dieser Region zu lösen. In diesem Sinne, ein herzliches Willkommen von Links!

Hunger und Armut

Die neuen Vernichtungswaffen in einer globalisierten Welt

Zum Thema „Psychosoziale Folgen der Flucht“ hatte DIE LINKE zu einer ersten Weiterbildungsveranstaltung in das Übergangwohnheim Luckenwalde eingeladen. Referent war Rainer Höhn, Leiter des Heimes. Das Ziel seines Vortrages fasste der Referent mit folgenden Worten zusammen: „Altes Denken zerstören und umdenken“. Um die Problematik der Betroffenen verstehen zu können, wurde den Interessenten die Ausgangssituation der Menschen geschildert, die als einzige Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse die Flucht aus ihrer Heimat sehen. Den Anwesenden wurde ein interessanter, gleichzeitig erschütternder Vortrag geboten. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer.

- 923 Millionen Menschen auf der Welt hungern, 75 Mio. kamen im Jahre 2007 dazu.

- Alle sieben Sekunden stirbt ein Kind an Hunger.

- 70 - 75% der Menschen haben täglich nur einen Dollar für ihren Lebenserhalt zur Verfügung.

- Von 192 Staaten auf der Welt haben 122 Staaten 2.100 Milliarden Dollar Schulden.

- 2007 waren 22,5 Millionen Menschen in Afrika an Aids erkrankt.

- 2003 gab es 7,7 Millionen Dollar-millionäre, jährlich steigt die Zahl um 8,8%.

- 780 Milliarden Dollar werden jährlich für Rüstung ausgegeben

- 4,8 Milliarden Dollar im Monat geben die USA für den Irakkrieg aus.

Und was erwartet die Menschen nach einer lebensgefährlichen Flucht?

- Arbeits – und Ausbildungsverbot
- Teilweise unwürdige Unterbringung
- Soziale Ausgrenzung
- Umverteilungszwänge, d.h., ohne eigene Zustimmung erfolgen Unterbringungen in Übergangwohnheimen verschiedener Städte.

Das alles gilt auch für Luckenwalde. Übrigens liegt der Ausländeranteil in unserer Stadt bei 0,96%. Die Betroffenheit der leider nur acht Anwesenden war deutlich sichtbar und kam auch in der angeregten Diskussion zum Ausdruck. Der zweite Teil dieses Vortrages ist für Januar geplant und findet hoffentlich einen größeren Zuspruch.

Marianne Richter,
Luckenwalde

Einheitliche Renten in ganz Deutschland

Obwohl die aktuelle Finanzkrise das gesamte gesellschaftliche Leben beeinflusst und auch verändert, sind grundsätzliche Probleme vom Staat zu lösen. Eines dieser Erfordernisse ist die Angleichung der Ostrenten an das Westniveau.

Ein Durchschnittsrentner Ost (Rentenbeginn ab bzw. nach dem 01.01.1992) hat jährlich 1.738,80 Euro weniger als ein Rentner in den alten Bundesländern. Die SPD hat für die Rentenanpassung 2019 im Visier, die CDU? Die erwartete Anhebung wird allerdings nur vollzogen, wenn die Regierungskoalition sich mehrheitlich dafür einsetzt. Wie ist die Situation?

Der Einigungsvertrag enthält folgende Grundsätze:

- Wir, die Bürger der ehemaligen DDR, sind ein gleichberechtigtes Glied der Völkergemeinschaft,
- wir leben in einem sozialen Bundesstaat,
- die Achtung der Menschenrechte wird garantiert.

Unter Arbeit und Soziales ist folgendes fixiert:

- „Im Übrigen soll die Überleitung von der Zielsetzung bestimmt sein, mit der

Angleichung der Löhne und Gehälter ... auch eine Angleichung der Renten zu verwirklichen.“ Eine zeitliche Festlegung fehlt jedoch. Welche Vorstellungen die Verfasser dazu hatten ist nicht bekannt. Persönlich favorisiere ich einen kurzen Zeitraum, weil die zu-



erst genannten Prämissen (Gleichberechtigung – gleiches Recht für alle, sozial) nur so realisiert werden können. Um diese Forderungen durchzusetzen bzw. wegen weiterer Rentenungerechtigkeiten hat DIE LINKE in der jetzigen Wahlperiode des Bundestages bereits 17 Anträge eingebracht. Allerdings erfolglos.

Dazu einige Aussagen von Bundestagsabgeordneten anderer Parteien: CDU/CSU: „Zum Beispiel bekam mei-

ne Nachbarin, die 45 Jahre schwer gearbeitet hatte, eine DDR-Rente in Höhe von 300,00 Mark ...“.

„... Das deutsche Rentensystem setzt auf den Gleichheitsgrundsatz ... doch die damaligen Einzahlungsbeträge (in der DDR) stehen in keinem Verhältnis zur Höhe der Auszahlungen, die heute vorgenommen werden.“

Schlussfolgerung: Wir haben wenig eingezahlt, deshalb sind die Rentenunterschiede gerecht. Übrigens meine Mutter hat von 300,00 Mark Rente damals noch gespart. SPD: „Aber wenn man die Renten isoliert betrachtet, dann wird deutlich, dass die Renten bei Männern und Frauen im Osten der Republik höher sind als im Westen, was im Hintergrund der Erwerbsbiographien berechtigt ist.“

Also, wir haben eine höhere Rente, deshalb sollten wir zufrieden sein. Dass Alterseinkünfte in den alten Bundesländern nicht nur aus der gesetzlichen Rente bestehen, wird bewusst vernachlässigt. FDP: „Nicht zu vergessen ist auch, dass die Bürger der ehemaligen DDR ihre Rentenansprüche in einem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem erworben haben, das am Rande der Insolvenz stand.“

Mit anderen Worten: Die DDR war pleite, deshalb haben wir keinen Anspruch auf Rentengerechtigkeit.

Ich persönlich bezweifle die Sachkompetenz dieser Bundestagsabgeordneten. Oft wird auch von diesen Parteien als Berechtigung für die Rentenunterschiede eine höhere Bewertung der Ostrenten angeführt. Ursache sind unterschiedliche Herangehensweisen bei der Ermittlung der Durchschnittsverdienste. Wir Rentnerinnen und Rentner sind aufgerufen, ständig von den Politikern in allen Ebenen Rentengerechtigkeit zu fordern.

Übrigens, für 34.776,00 Euro (20 Jahre Rentenunterschied) könnten wir uns alle einen Mercedes leisten und damit der deutschen Wirtschaft helfen.

Ideen zur Völkerfreundschaft

Nicht nur die Vorfreude auf ein geselliges Beisammensein mit Schmalzstullen, Eintopf, Lagerfeuer und Glühwein machten meine Frau und mich neugierig, sondern auch die Freude auf einen kulturellen Höhepunkt, zu dem der Förderverein Oberlaubenstall Borgisdorf eingeladen hatte. Allein schon das Flair des angestrahlten Oberlaubenstalls war eine Augenweide. Der Chor de Diplomatie sowie Beiträge zur Völkerverständigung machten den Abend zu einem kulturellen Erlebnis. Die Chormitglieder (aus verschiedenen Ländern) sangen Lieder ihrer Heimat im Original, dazwischen wurden Texte verlesen, die das Thema des Abends zum Ausdruck brachten. Nach der Veranstaltung konnten wir uns mit den Mitgliedern des Chores sowie der

Vorsitzenden des Fördervereins Frau Heimann, unterhalten. Dabei merkten wir, wie viel Mühe, aber auch Liebe in diesem Projekt Begegnungsstätte Oberlaubenstall steckt. Wir wünschen dem Förderverein und Frau Heimann viel Erfolg bei der Verwirklichung ihrer Pläne und bedanken uns für den schönen Abend. *Reinhard Siebert*

P.S.: An der Lesung zur „Völkerverständigung“ beteiligte sich auch Reinhard Siebert. Als „frisch gebackener“ Ortsvorsteher von Schlenzer und Gemeindevertreter für DIE LINKE im Niederen Fläming vertrat er uns sehr würdig. Er sprach über das Regenbogenprojekt und begeisterte die interessierten Gäste. Danke!

Maritta Böttcher

Klaus Julemann, Luckenwalde

Gute Wahlergebnisse in Blankenfelde-Mahlow

Am 5. November fand unsere öffentliche Gesamtmitgliederversammlung Blankenfelde-Mahlow zu den Ergebnissen der Kommunalwahlen vom 28.09.2008 statt. Ca. 40 Genossinnen und Genossen sowie Sympathisanten hörten zunächst die Ausführungen des Vorsitzenden des Sprecherrates, Siegfried Günther. Er stellte die sechs in die Gemeindevertretung gewählten Abgeordneten vor.

Sie sind eine gute Mischung zwischen „gestandenen“ und jungen Mitgliedern der Fraktion der LINKEN. Ihre Namen sind: Roland Scharp, Dr. Heidrun Nobis, Manfred Claus, Dr. Günter Stirnal sowie Stefanie Scharp und Alexander Fröhlich.

Damit stellt DIE LINKE die zweitstärkste Fraktion in der GV. Alter und neuer Fraktionsvorsitzender ist Roland. Als sachkundige Einwohner werden weitere Kandidaten für die GV in den Ausschüssen mitarbeiten.

Als Ortsvorsteher in Mahlow wurde der ehemalige Ortsbürgermeister Manfred Claus durch den Ortsbeirat

gewählt. Ortsbeiratsmitglieder der LINKEN in Blankenfelde sind Helga Block sowie in Dahlewitz Claus Treffkorn und Sabine Heß.

In den neuen Kreistag T-F wurden aus unserem Wahlkreis die beiden Blankenfelder Roland Scharp und Dr. Günter Stirnal gewählt. Allen unseren Abgeordneten herzliche Glückwünsche zur Wahl und viel Erfolg bei ihrer verantwortungsvollen Arbeit!

Roland informierte über die Bildung der sechs Ausschüsse und unsere Vertreter darin. Vorsitzender des Bau-, Territorial- und Umweltausschusses wurde erneut unser Genosse Dr. Stirnal. Mit großer Mehrheit aller Gemeindevertreter wurde erstmalig ein Mitglied unserer Fraktion, Roland Scharp, als Stellvertreter des Vorsitzenden der Gemeindevertretung gewählt. Roland betonte, dass die Richtschnur für das Handeln unserer Abgeordneten das Wahlprogramm ist und ihre Arbeit an der Erfüllung der dort gestellten Aufgaben gemessen werden wird.

Zum Ende der Veranstaltung rief Roland alle Anwesenden zur Teilnahme am Volksbegehren gegen neue Tagebaue auf.

Eine Unterschriftensammlung „Für Gerechtigkeit und Entschädigung für Agent Orange Opfer in Vietnam“ ergab 32 Unterschriften, die Regina Wach als Initiatorin ihren bereits gesammelten hinzufügen konnte.

*Christa Schubert,
Blankenfelde-Mahlow*

Gleichberechtigung?

In Deutschland haben 1,9 Millionen Kinder aus Hartz-IV-Familien nichts von der Kindergelderhöhung, die ab Januar 2009 gezahlt werden soll. Der Grund dafür: Die Summe der Erhöhung wird vom Hartz-IV-Geld abgezogen.

Sind wirklich alle vor dem Gesetz gleich? <

(Un)Einiges Europa?!

*Die EU ist im Grund ein recht gut Ding,
doch manches schon daneben ging,
da waren Äpfel viel zu klein
und Gurken durften krumm nicht sein.*

*Doch war der Weg auch oft recht schwer,
Erfolge freuen uns immer sehr.
Sind Europas Völker gut vereint,
die Friedenssonne über allen scheint.*

*Doch macht man sich's, wie oft, zu leicht,
wird schnell das Gegenteil erreicht.
Wenn einige viel profitieren,
müssen andere zu viel verlieren.*

*Beispiel Richtlinie Bolkestein,
so darf Gleichmacherei nicht sein,
wer mit Dumpinglöhnen kalkulieren tut,
macht unsern Binnenmarkt kaputt.*

*Die Bänker haben zu hoch gezockt,
die Finanzwirtschaft ist ausgeknockt.
500 Milliarden Bürgschaft - Wahnsinnszahl,
Drei Millionen arme Kinder sind egal.*

*Politiker wollen der EU Verfassung geben,
damit soll'n die vereinten Völker leben,
ist die nicht gut aus Bürger Sicht,
will das Volk solche Verfassung nicht.*

*Aller Menschen Würde sei das Maß der Dinge.
nicht nur was es globaler Wirtschaft bringe.
Wird man der Völker Wohl anstreben,
kann auch die Wirtschaft damit leben.*

*Drum überdenket jeden Schritt genau,
hört auf mit Grundgesetzabbau.
Wenn das Parteien nicht kapieren,
dann muss eben das Volk regieren.*

Rainer Weigt

Von der arabischen in die westliche Welt

Wie eng sind Leben und Tod miteinander verbunden? Einen neuen Blick auf diese Frage fand ich in dem Buch „Das Mädchen aus der Totenstadt“, Untertitel: „Monas Leben auf den Gräbern Kairos“ von Gerhard Haase-Hindenberg. Dauerlesern unserer Zeitung ist der Autor vielleicht schon mit dem Titel „Göttin auf Zeit“ oder durch „Der Mann, der die Mauer öffnete“ bekannt. Typisch für ihn ist, dass er sehr gründlich recherchiert, sich oft der Reportage bedient. Mich erwartet also kein Roman im üblichen Sinn...

Wie kann ich mir vorstellen, mit einer zehnköpfigen Familie in drei winzigen Räumen über einer Grabkammer am Stadtrand von Kairo zu wohnen? Für uns unmöglich. Die Grabkammern und Grabhöfe gehören reichen Ägyptern, die die Räume über den Kammern an Arme vermieten. Hier werden Kinder geboren, hier wachsen sie auf, hier wird geheiratet, geliebt, gestritten - hier wird gelebt, so gut es eben geht. Mona, ein zwanzigjähriges Mädchen, hat natürlich auch Träume von einem besseren Leben. Aber diese Träume kennt zunächst nur ihr Tagebuch, das sie nun auch uns Lesern öffnet. Sie hat eine Schule besucht, kann lesen und schreiben. Als sie in einer



Bank arbeiten darf, lernt sie die westliche Welt in Kairo kennen. Wie kann sie staunen, sich wundern über Dinge, die uns vielleicht nicht mal auffielen! Der Autor erweitert meinen Leserblick um Tatsachen, die mir vor dem Lesen unbekannt waren. Besonders beeindruckt bin ich von der schlichten Offenheit und Ehrlichkeit dieser jungen Frau. Das Lesen lohnt sich.

Ingrid Köbke

Glückwünsche

Inge Krumpach in Mahlow zum 74. Geburtstag am 13.12.
Helga Mordhorst in Luckenwalde zum 86. Geburtstag am 14.12.
Martina Luedecke in Jüterbog zum 71. Geburtstag am 15.12.
Werner Finkewitz in Luckenwalde zum 87. Geburtstag am 15.12.
Renate Heise in Blankenfelde zum 77. Geburtstag am 20.12.
Gerhard Krause in Großbeeren zum 86. Geburtstag am 22.12.
Dr. Fritz Lenk in Dahlewitz zum 77. Geburtstag am 28.12.
Hans-Joachim Steudte in Mahlow zum 74. Geburtstag am 02.01.09

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen*

Helmut Scheibe in Niedergörsdorf zum **70.** Geburtstag am 11.12.
Heinz Köster in Blankenfelde zum **70.** Geburtstag am 16.12.
Marion Harz in Kloster Zinna zum **50.** Geburtstag am 19.12.
Irmgard Staffehl in Mahlow zum **75.** Geburtstag am 29.12.
Ilka Schulze in Dahme/Mark zum **50.** Geburtstag am 01.01.09
Elli Bartel in Zossen zum **80.** Geburtstag am 04.01.09
Johanna Schabehorn in Markendorf zum **95.** Geburtstag am 05.01.09

Wie sehen wir die Gewerkschaften?

Wenn uns auch so manche Aussage oder Handlung von Gewerkschaftsbossen nicht gefallen hat, so dürfen wir die Gewerkschaften deshalb nicht gleich abschreiben, besonders nicht, wenn sie scheinbar hohe Lohnforderungen stellen.

Ich habe auch so meine Bauchschmerzen mit mancher Entscheidung gehabt. Trotzdem bin ich als Altersrentner weiterhin Mitglied der IG Metall und bringe mich bei verschiedenen Aktionen tatkräftig ein.

Nachdem die Löhne in Deutschland, politisch gewollt, weil von der globalen Wirtschaft gesteuert, eingefroren bzw. durch Arbeitslosigkeit, Zeitarbeit und anderes gesenkt wurden, ist unsere Binnenwirtschaft schwer geschädigt. Diese kann sich nur erholen, wenn der kleine Mann genügend Geld in der Tasche hat. Davon profitieren auch

unsere Sozialsysteme. Die Stützung der Finanzwirtschaft hat gezeigt, dass genügend Geld vorhanden ist.

Nur bei straffen Regelungen der Finanzsysteme, bei einer vernünftigen Investitionspolitik und bei Mindestlöhnen wollen die herrschenden Politiker in Deutschland nicht die nötigen Entscheidungen treffen, weil sie sich der globalen Wirtschaft verpflichtet fühlen. Darum wird es Zeit, diese an ihr Versprechen, ... zum Wohle des Volkes ... deutlich zu erinnern. Entschlossener Kampf um Löhne zum Leben ist da eine gute Möglichkeit.

Deshalb sollten wir uns den streikenden Metallern und anderen Streikenden solidarisch zur Seite stellen und alle unsere Möglichkeiten nutzen, dieses auch öffentlich zu tun.

*Rainer Weigt,
Klein Schulzendorf*

Neumitglieder

Laut §2, Absatz 2 der Bundesstatzung der Partei DIE LINKE veröffentlicht der Kreisvorstand DIE LINKE Teltow-Fläming die Namen der Neumitglieder, die bis Redaktionsschluss ihre Eintrittserklärung unterzeichnet und ihr Einverständnis zur Veröffentlichung gegeben haben.

- **Jane Müller aus Saalow**
- **Detlef Riethdorf aus Luckenwalde**

Wir freuen uns Euch in unserem Kreisverband begrüßen zu dürfen. <

Termine

Vortrag und Gespräch

Prof. Dr. Kopf, Berater der chinesischen Regierung referiert zum Thema:

**„Eine Welt - Ein Traum“
Nur ein olympisches Motto?**

Donnerstag, 11. Dezember 2008,
19.00 Uhr, Grüne Passage,
Blankenfelde

12.12.08 16.00 Uhr

Gesamtmitgliederversammlung und Weihnachtsfeier im „Eckbusch“ Luckenwalde

15.12.08 18.30 Uhr

Beratung der BO-Vorsitzenden Auswertung Kommunalwahlen Geschäftsstelle Ludwigsfelde

17.12.08 14.00 Uhr

Redaktionssitzung, Geschäftsstelle Luckenwalde

21.12.08 14.00 Uhr

Kinderweihnachtsfeier, Übergangswohnheim Luckenwalde

22.12.08 19.00 Uhr

Kreisvorstandssitzung, Geschäftsstelle Luckenwalde

Grüße zum Jahreswechsel

„Unsere Wünsche sind die Vorboten der Fähigkeiten, die in uns liegen.“

Johann Wolfgang von Goethe

Ein aufregendes Jahr liegt hinter uns. Aber auch das folgende wird uns viel Kraft und Energie kosten. Zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel wünschen der Kreisvorstand sowie die Redaktion allen Leserinnen und Lesern unserer Zeitung, allen Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten erholsame Tage, Gesundheit und Freude sowie ein erfolgreiches Jahr 2009.

Zug der Erinnerung

Anfang des Jahres haben wir über den „Zug der Erinnerung“ berichtet, der an die Deportation jüdischer Kinder erinnert und am 8. Mai 2008 die Gedenkstätte Auschwitz erreichen sollte. Bisher hat dieser Zug seit November 2007 10.000 km zurückgelegt und in 71 Stationen 240.000 Besucher gehabt.

Die zweite Rundfahrt soll wieder über Stationen in Deutschland und Polen nach Auschwitz führen. Die Erinnerung an diese Verbrechen muss wach gehalten werden. Bei der ersten Tour musste die Bürgerinitiative über 100.000 Euro an „Trassen- und

Stationsgebühren“ zahlen. Und auch für den Aufenthalt in Oranienburg verlangte die DB mehrere tausend Euro.

Die Deutsche Bahn ist historischer Erbe der Deutschen Reichsbahn, in deren Zügen ca. drei Millionen Menschen in Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt worden sind. Den Transport ließ sich die Reichsbahn bezahlen. Nun soll für die Opfer des Holocaust ein zweites Mal bezahlt werden. Wo bleiben Ihr Anstand, Ihre Scham, Herr Mehdorn?

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

**KEINE
STIMME
DEN
NAZIS**



Nachruf

Mit tiefer Trauer haben wir erfahren, dass unser Mitstreiter und ehemaliger Genosse

Erwin Gerth

verstorben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Kreisverband Teltow-Fläming
Gebietsverband Zossen
BO Zossen/Wünsdorf

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming, Vi.S.d.P.: Petra Haase

Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36

Tel.: 0 33 71/63 22 67, Fax: 63 69 36

14913 Jüterbog, Große Str. 62

Tel.: 0 33 72/43 26 91, Fax: 44 30 33

14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur - Str. 17

Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54

Spendenkonto: 363 302 7415

BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam

Redaktionsschluss: 12. November 2008,

der nächsten Ausg.: 17. Dezember 2008

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.